

extraDrei



Mehr Arbeit, weniger Sicherheit?!

Es ist wohl der Dauerbrenner in den politischen Sonntagsreden von CDU/CSU und SPD: Arbeit müsse sich wieder lohnen, Beschäftigte verdienen mehr Respekt, Leistung müsse anerkannt werden. Doch was macht die von diesen Parteien getragene Bundesregierung tatsächlich? Das genaue Gegenteil!

Bereits im Koalitionsvertrag fest verabredet: die Abschaffung des Acht-Stunden-Tages. Statt einer täglichen Höchstarbeitszeit soll demnach künftig eine wöchentliche gelten. Arbeitstage von bis zu 13 Stunden würden so legal und normal – und damit eine stärkere gesundheitliche Belastung sowie eine schlechtere Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Auch beim Kündigungsschutz droht Ungemach. So hat Finanzminister Lars Klingbeil (SPD) gerade vorgeschlagen, sachgrundlose Befristungen deutlich auszuweiten. Die Folge: ein Hangeln von Vertrag zu Vertrag

und andauernde Unsicherheit. Besonders brisant: die Debatte um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Kanzler Friedrich Merz (CDU) persönlich fordert sogenannte Karenztage – also keinen Lohn in den ersten Krankheitstagen. Gerade Menschen mit niedrigen Einkommen würden so unter Druck gesetzt, krank zur Arbeit zu gehen.

Auf dem Tisch liegt zudem ein konkreter Vorschlag von Gesundheitsministerin Nina Warken (CDU), mit dem das Krankengeld und dessen Bezugsdauer gekürzt werden sollen. Vor allem chronisch Kranke und Beschäftigte in belastenden Berufen müssten so mit Einkommensverlusten rechnen. Hinzu sollen höhere Zuzahlungen bei Medikamenten sowie geringere Zuschüsse beim Zahnersatz kommen.

Ab Sommer wird es dann um die Zukunft der Rente gehen. Friedrich Merz hat bereits die Richtung vorgegeben: Er möchte

die gesetzliche Rente auf eine Basisabsicherung reduzieren. Wer seinen Lebensstandard im Alter halten will, soll privat vorsorgen und das natürlich auf eigene Kosten und auf eigenes Risiko. Gleichzeitig steht eine Erhöhung des Renteneintrittsalter auf bis zu 70 Jahre im Raum. Dabei schaffen es schon heute viele nicht gesund bis zur Rente.

Statt also den Beschäftigten in diesen unsicheren Zeiten Sicherheit zu geben, statt hohe Einkommen und Vermögen stärker zur Finanzierung unseres Sozialsystems heranzuziehen, sollen die Lasten weiter auf die Beschäftigten verlagert werden. Also auf genau die, die mit ihrer Arbeit den Laden tagtäglich am Laufen halten. Der Widerspruch zwischen Sonntagsreden und der realen Politik war selten so offensichtlich wie bei dieser Regierung.

Pascal Meiser,
Mitglied des Deutschen Bundestages

Tag der Befreiung in Buch

Am 8. Mai ab 11 Uhr am Sowjetischen Ehrenmal (Wiltbergstraße 15).

Neumitgliedertreffen Linke Pankow

Am 28. Mai ab 19 Uhr in der Linken Spitze (Wisbyer Str. 37).

Kinderfest „Fete bei Käthe“

Am 6. Juni ab 10 Uhr auf dem Kollwitzplatz im Prenzlauer Berg.

Neu im Kiez: Der Marion-Seelig-Platz

Manche Dinge dauern in Pankow leider etwas länger, aber immerhin war am Ende die Bezirksbürgermeisterin persönlich dabei. Und nicht nur sie: Zur Namensgebung für den Platz an der Bötzwische kamen rund 80 Teilnehmer*innen sowie die Familie von Marion Seelig. Seit zehn Jahren hatte der „Freundeskreis Marion-Seelig-Platz“ für die Benennung gekämpft. Auf dem Platz lädt Die Linke jedes Jahr zur Maifeier ein.

Marion Seelig saß für Die Linke im Berliner Abgeordnetenhaus. Doch der Weg dorthin war nicht eben geradlinig. Seit ihrer Jugend gehörte sie zur DDR-Opposition, war in Kirchenkreisen aktiv und erzog drei Kinder zu internationaler Solidarität und aufrechtem Gang. In der bewegenden Rede ihrer Tochter Sarah wurde das besonders greifbar. Nach der Wende vertrat sie die Vereinigte Linke am Runden Tisch der DDR. Über zwei politische Systeme hinweg setzte sie sich für Frieden, Demokratie und Menschenrechte ein. Seit 2007 kämpfte sie zusammen mit vielen anderen für den Erhalt der Kurt-Tucholsky-Bibliothek und wurde Mitglied des Vereins Pro Kiez Bötzwiviertel e. V.

Zum Internationalen Frauentag am 8. März 2026 wurde nun der südliche Eingang des Bötzwiekiez nach der 2013 mit nur 60 Jahren verstorbenen Journalistin und Politikerin benannt. Vor der Enthüllung des neuen Straßenschildes sang ihre Enkelin, begleitet von ihrem Opa, ein bewegendes Lied für sie und alle Freund*innen und Gäste.

Anka Stahl,
Pro Kiez Bötzwiviertel e. V.

Unsere Kandidierenden für das Berliner Abgeordnetenhaus

Am 20. September 2026 wird in Berlin gewählt. Wir treten an, um stärkste Kraft in Berlin und Pankow zu werden. Bezahlbare Mieten, gute Schulen, ein Bezirk, der für seine Menschen da ist – dafür kämpfen unsere Kandidierenden in allen neun Pankower Wahlkreisen.

Erfahrt hier, wer für euch antritt.

Wahlkreis 1

Buch, Karow,
Französisch Buchholz



Maxi Häber

Geboren und aufgewachsen im Pankower Norden, lebt Maxi nach längeren Auslandsaufenthalten wieder hier. Als alleinerziehende Mutter kämpft sie für soziale Sicherheit, bezahlbare Mieten und einen verlässlichen ÖPNV. Für eine Politik, die für alle einsteht, die hier leben. Vom Stadtrand für den Stadtrand.

Wahlkreis 2

Blankenfelde, Rosenthal,
Wilhelmsruh, Nieder-
schönhausen-Nord



Coco Aglibut

Aufgewachsen im Winskiez kennt Coco Mietabzocke und Verdrängungsdruck aus erster Hand. Sie kämpft für bezahlbares Wohnen, starke soziale Infrastruktur und echte Bürger*innenbeteiligung. Mit Erfahrung aus Arbeit in Gewerkschaft und Bundestag steht sie für Politik für die Bedürfnisse der Vielen.

Wahlkreis 3

Pankow-Zentrum,
Niederschönhausen-
Süd



Christian Zebisch

Vom Bolzplatz ins Abgeordnetenhaus? Als Plattenbaukind Ostberlins unvorstellbar. Christian will politische Handlungsspielräume nutzen und Berlins Zukunft gestalten, denn wir haben eine bezahlbare, lebenswerte Stadt verdient, die unseren Kindern gerechte Chancen bietet, reich an Kultur ist und Zwischenmenschlichkeit voranstellt.

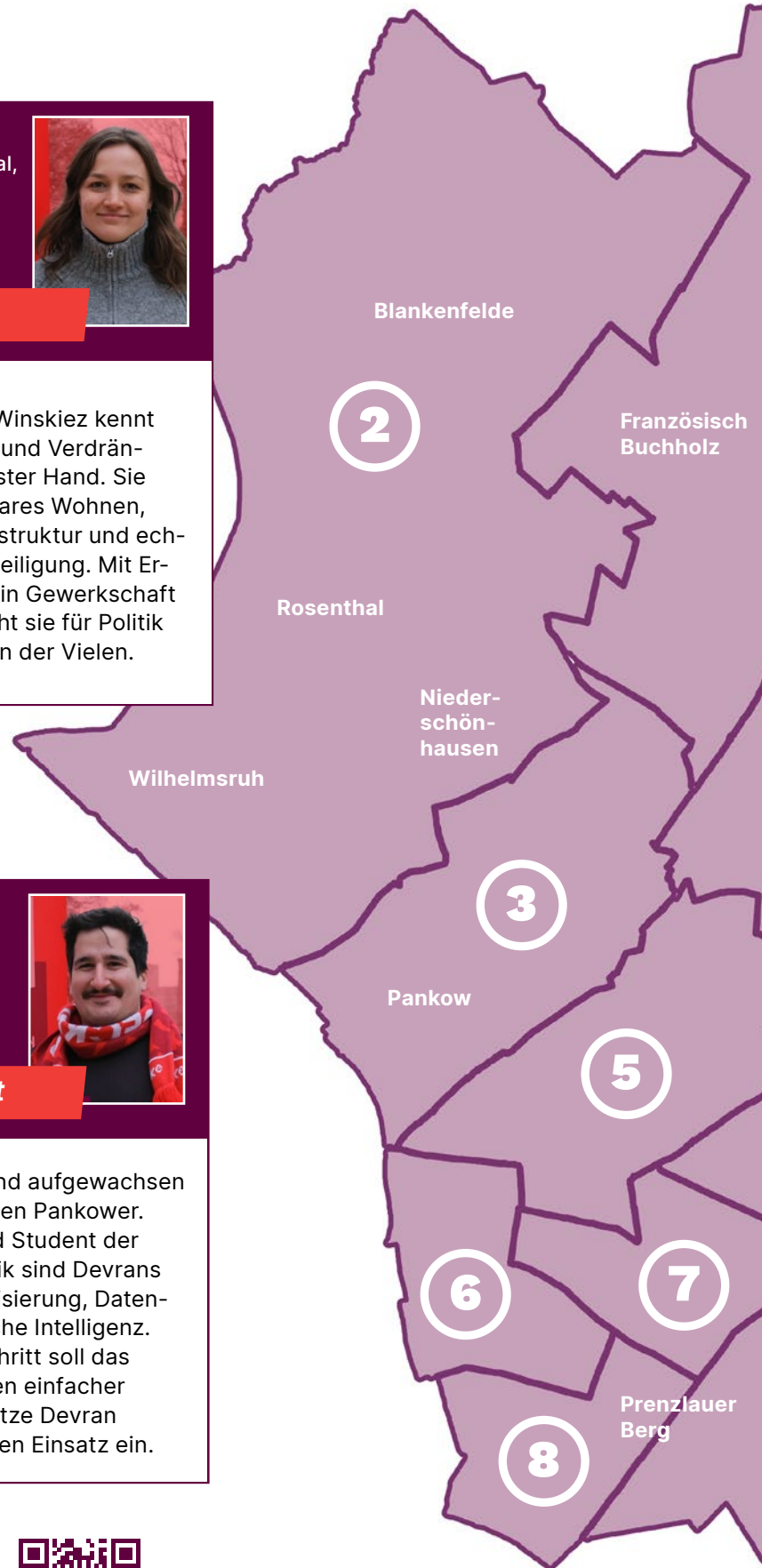
Wahlkreis 4

Weißensee-Nord,
Blankenburg, Malchow



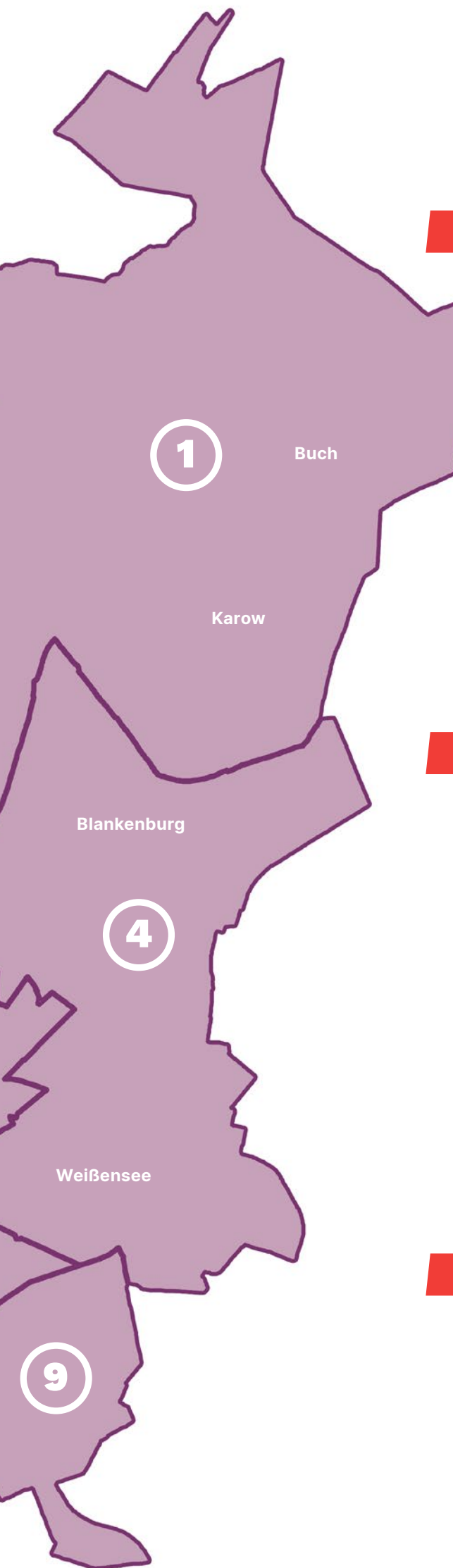
Devran Basbolat

In Berlin geboren und aufgewachsen und seit vielen Jahren Pankower. Als Elektroniker und Student der Humanoiden Robotik sind Devrans Kernthemen Digitalisierung, Datenschutz und Künstliche Intelligenz. Technischer Fortschritt soll das Leben der Menschen einfacher machen – darum setze Devran sich für ihren sozialen Einsatz ein.



www.die-linke-pankow.de/wahlen





Wahlkreis 5
Pankow-Süd,
Heinersdorf



Enja Springob

Aus dem Ruhrgebiet nach Berlin gekommen, weiß Enja: Ein gutes Leben für alle ist möglich – wenn man politisch Verantwortung übernimmt. Mit haushaltspolitischer Kompetenz und dem Anspruch, zuzuhören statt leere Versprechen zu machen, kämpft sie für klare soziale Prioritäten im Landeshaushalt.

Wahlkreis 6
Gleimviertel,
Arnimplatz,
Helmholtzkiez



Maria Bigos

Derzeit Vorsitzende der Linksfraktion Pankow und unsere bezirkliche Haushalts- und Jugendpolitikerin. Maria kämpft unermüdlich für den Erhalt sozialer Infrastruktur und Jugendhilfeangebote, insbesondere für armutsbetroffene und strukturell benachteiligte Kinder, Jugendliche und Familien.

Wahlkreis 7
Humannplatz, Carl-Legien-Siedlung,
Weißensee-Süd



Niklas Schrader

Sozialwissenschaftler, 44 Jahre, seit 2013 Parteimitglied. Seit 2016 Mitglied des Abgeordnetenhauses. Für die Linksfraktion Sprecher für Innenpolitik und Parlamentarischer Geschäftsführer. Niklas streitet für Grundrechte, Demokratie, Drogenpolitik und Antifaschismus.

Wahlkreis 8
Winsviertel, Kollwitzkiez,
Thälmannpark,
Teutoburger Platz,
Kastanienallee



Gloria Viagra

Als in Kreuzberg aufgewachsene Berliner Göre ist sie seit Kindesbeinen politisch engagiert, steht für offenen Dialog: miteinander sprechen, zuhören und gemeinsam verändern. Mit Mut, Verständnis, Engagement und einer Portion Glitter setzt sich Gloria für Euch ein – für unseren Bezirk - für ein gerechtes, buntes Berlin für alle!

Wahlkreis 9
Bötzowviertel, Alter Schlachthof, Grüne Stadt, Mühlenkiez,
Komponistenviertel



Maximilian Schirmer

Im Bezirk geboren und aufgewachsen, seit der Jugend politisch aktiv. Als Kommunalpolitiker in der BVV und als Landesvorsitzender der Berliner Linken kämpft Max für bezahlbare Mieten, starke soziale Infrastruktur und gute Angebote für Jugendliche, Familien und Senioren.



Gegen den Mieten-Notstand

Der Berliner Wohnungsmarkt ist spätestens seit Ende der Neunziger zum Eldorado der Renditejäger geworden. Die Berliner Angebotsmieten wurden von 2015 bis 2024 mehr als verdoppelt. Es kommt vielerorts zu Mietwucher. Die Mieten-Mafia dehnt und bricht gesetzliche Vorgaben; ihr sind Profite wichtiger als Menschen. Der Mieten-Notstand ist unsere Berliner Realität. Der Markt regelt es nicht. Der Berliner Mietendeckel wurde 2021 weggekragt. Die Mietpreisbremse ist stumpf. Der schwarz-rote Senat erschöpft sich in Absichtserklärungen oder geht lieber Tennis spielen.

Die Linke will dem ein Ende setzen, indem sie öffentlich-rechtliche Mietpreis- und Belegungsbindungen für die Wohnraumbewirtschaftung durchsetzt. Kommerzielle Vermieter sollen je nach Größe verpflichtet werden, bis zu 50 Prozent ihrer Neuvermietungen als WBS-Wohnungen zu vermieten. Das brächte jährlich 17.000 neue WBS-Wohnungen in Berlin. Das Zweckentfremdungsverbot soll deutlich verschärft werden. Außerdem soll ein Landesamt für Mieter*innenschutz zur Durchsetzung der geltenden Gesetze geschaffen werden. Das ist möglich, denn seit der Föderalismusreform 2006 haben die Bundesländer die Regelungskompetenz für das Wohnungswesen.

Sicher-Wohnen-Gesetz im Detail

Der Zweck des Gesetzes ist die Versorgung der Bevölkerung mit ausreichendem Wohnraum zu an-

gemessenen Bedingungen im Fall einer Wohnungsnotlage. Eine Wohnungsnotlage ist gegeben, wenn die soziale Wohnraumversorgung durch manifeste Versorgungsdefizite in Bezug auf Leistbarkeit, Angemessenheit und Zugänglichkeit von Wohnraum geprägt ist.

Jährlich 17.000 neue WBS-Wohnungen für Berlin

Das Gesetz verpflichtet Eigentümer*innen von mehr als 50 Wohnungen die zur Wiedervermietung kommenden Wohnungen an Wohnungssuchende zu vermieten, die über einen Wohnberechtigungsschein (WBS) verfügen. Bei einem Bestand von 50 bis 500 Wohnungen wären es 30 Prozent der wiedervermieteten Wohnungen, bei 500 bis 1.000 Wohnungen 40 Prozent und ab 1.000 Wohnungen dann 50 Prozent. Nach Schätzungen brächte das jährlich 17.000 neuen WBS-Wohnungen für Berlin. Die neue Miete soll durch die zuständige Senatsverwaltung festgelegt werden.

Wohnraum aus der Zweckentfremdung holen

Das schon geltende Zweckentfremdungsverbot soll deutlich verschärft werden. Gewerbliche Nutzungen von Wohnraum z. B. als Ferienwohnung werden verboten. Soziale Einrichtungen sind Ausnahmen. Es gilt dann ein Abrissstopp und das Verbot von Leerstand. Zeitweiliger Leerstand in Übergangsphasen soll durch Zwischenvermietung vermie-

den werden. Bei nicht fristgemäßer Wiederherstellung des Wohnraums kann zur Umsetzung eine Treuhänderin eingesetzt werden, die das Wiederherstellungsgebot zügig umsetzt.

Klare Zuständigkeit: Das Landesamt für Mieter*innenschutz

Es wird ein Landesamt für Mieter*innenschutz geschaffen. Dieses wird für die Durchführung und Durchsetzung der geltenden Vorschriften und Gesetze über die Belegungs- und Mietpreisbindung, die soziale Wohnraumförderung, die Durchführung von Ordnungswidrigkeitsverfahren wegen Mietpreiserhöhung und weitere mietrechtliche Fragestellungen zuständig sein.

Die Linke greift ein

Mietwucher, Verdrängung und zu wenig leistbarer Neubau – der Mieten-Notstand geht uns alle an! Als Linke werden wir eingreifen, denn der Markt regelt es nicht. Das Sicher-Wohnen-Gesetz ist ein wichtiger Baustein. Law and Order gegen Mietwucher, der Mietendeckel bei den landeseigenen Wohnungsunternehmen und die Umsetzung des Volksentscheids zur Vergesellschaftung von Wohnraum sind weitere Bausteine. Zusätzlich sollen ein kommunales Wohnungsbauprogramm und die deutliche Beschleunigung von Baugenehmigungen unter Wahrung guter Standards auf den Weg gebracht werden.

Christian Zebisch,

Bezirksvorstand Die Linke Pankow

Impressum

Herausgeber:

Die Linke Pankow
Wisbyer Straße 37, 13189 Berlin
Tel.: 030 – 44 01 77 80
redaktion@die-linke-pankow.de

V.i.S.d.P.:

Jonas Teune

Redaktionsschluss:

23. April 2026

Satz+Druck:

MegaDruck.de

Auflage:

10.000 Expl

Die nächste Ausgabe erscheint am 19. Juni 2026.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig bearbeitet.

Fotos: S. 1 Bildpool Die Linke

Die extraDrei braucht Spenden!

Empfänger: DIE LINKE. LV Berlin
IBAN: DE59100708480525607803
BIC: DEUTDE33HAN
Bank: Berliner Bank
Verwendungszweck: 505 - 810

Kontakt



Linke Spitze

Wisbyer Straße 37, 13189 Berlin
(Tram M2, M13, 12 oder
Bus 156, 158)

Tel.: 030 – 44 01 77 80

info@die-linke-pankow.de

... auf Facebook



... auf Instagram



[die-linke-pankow.de/
aktuelles/](https://die-linke-pankow.de/aktuelles/)



**Die Linke
hilft!**

Kostenlose
Erstberatung
in Sozial-
und Mietrecht

immer donnerstags, Wisbyer Str. 37, 13189 Berlin

Sozial- und Mietrechtsberatung mit Rechtsanwalt Kay Füblein

1. und 3. Donnerstag im Monat, 16-17.30 Uhr

Termine: wahlkreisbuero.linke@posteo.de

Mietrechtsberatung mit Rechtsanwältin Carola Handweg

2. und 4. Donnerstag im Monat, 17-19 Uhr

Termine: die-linke-hilft@die-linke-pankow.de oder 030 – 4401 7780

